ZURÜCK IN DIE ZUKUNFT

Der Winkler-Plan für ein starkes Oberösterreich

Mehr Energie.
Wie unser Wirtschafts-
standort stärker wird.

Klare Pläne.
Wie wir Oberösterreich fit
für die Zukunft machen.

Frischer Wind.
Wie sich die SPÖ für
die Wahl 2027 aufstellt.

Der **Winkler-Plan** für
ein starkes Oberösterreich

Griass di!

Mein Name ist Martin Winkler und ich bin der neue Vorsitzende der SPÖ Oberösterreich. Was du gerade in deinen Händen hältst, ist unser Plan für die Zukunft von Oberösterreich. Es freut mich, dass du dich dafür interessierst.

Während andere politische Kräfte unser Land durch leere Symbolpolitik schwächen oder im Land stramm in Richtung Vergangenheit marschieren, wollen wir Oberösterreich wieder dorthin bringen, wo es als Industriebundesland Nummer 1 hingehört: **Zurück in die Zukunft!**

Denn mit Windkraftverbotszonen im ganzen Land und dem Schweinsbraten im Verfassungsrang werden wir nicht weit kommen. Um eine gute Zukunft zu haben, müssen wir in Oberösterreich endlich wieder **die richtigen Schwerpunkte setzen**. Zum Beispiel für **billigen Strom** sorgen. Wie wir das – und vieles andere – machen wollen, kannst du in diesem Heft erfahren.

Dass es dabei viel um die Stärkung des Wirtschaftsstandorts **Oberösterreich** geht, war mir besonders wichtig. Denn in den vergangenen 30 Jahren war ich **erfolgreich als Unternehmer** tätig. Ich habe einen Mittelbetrieb mit rund 60 Beschäftigten geführt und dabei **viele Leitbetriebe** im In- und Ausland beraten – gerade auch hier in Oberösterreich. Deshalb habe ich auch eine **klare Vorstellung** davon, was es braucht, damit **in Oberösterreich der Laden wieder brummt**.

Ich bin **kein Berufspolitiker**, aber auch kein **Quereinsteiger** – sondern ein **klassischer Heimkehrer**. Dabei bringe ich nicht nur meine Erfahrungen aus der Wirtschaft mit. Sondern auch die tiefe Überzeugung, dass es in der hiesigen Politik wieder mehr um **Leistung, Respekt und Sicherheit** gehen muss.

Denn: Ich bin nicht mit dem goldenen Löffel im Mund geboren worden – sondern als **unehelicher Bua einer Hebamme aus Katsdorf**. Aufgewachsen bin ich bei meiner Mutter und meiner Großmutter in recht einfachen Verhältnissen. Als uneheliches Kind warst du in den 60er-Jahren nicht gerade in einer Poleposition beim Start ins Leben.

Dass mir trotzdem so viel geglückt ist, liegt nicht nur daran, dass ich mein Leben lang hart dafür gearbeitet habe – ohne die sozialdemokratische **Politik der Kreisky-Jahre** wäre ich trotzdem nie so weit gekommen. Darum weiß ich: Die **richtige Politik** kann einen **riesigen Unterschied** im Leben eines Menschen machen.

Für so einen Unterschied möchte ich in Oberösterreich **sorgen**. Um unserem Land etwas von dem zurückzugeben, was es mir an Chancen gegeben hat. Darum verspreche ich dir: Ich werde meine **gesamte Erfahrung und Kraft** einbringen, um Oberösterreich wieder stark zu machen und erfolgreich in eine **bessere Zukunft** zu führen. Und es würde mich sehr freuen, wenn wir diesen Weg gemeinsam gehen.

Mit herzlichen Grüßen

Martin Winkler

Dafür stehen wir:

Leistung. Respekt. Sicherheit.

Leistung, Respekt und Sicherheit – dafür steht die SPÖ Oberösterreich. Diese Prinzipien sind der rote Faden, der sich durch unsere Pläne (und dieses Heft) zieht: Wer arbeitet, soll vorankommen. Jede und jeder soll fair behandelt werden. Und niemand soll sich vor der Zukunft fürchten. In den folgenden Kapiteln zeigen wir, wie das in Oberösterreich konkret aussehen soll: mit klaren Maßnahmen für einen starken Standort, ein gutes Leben und ein friedliches Miteinander. Weil uns die Zukunft unserer Heimat am Herzen liegt.

LEISTUNG.

Oberösterreich lebt von der Arbeit seiner Menschen. Wer sich ins Zeug wirft, soll daher vorankommen und darf nicht der Dumme sein. Denn: Leistung muss sich lohnen. Die arbeitende Bevölkerung verdient einen gerechten Anteil an dem, was sie erwirtschaftet hat. Das heißt auch: Zuvor muss es erwirtschaftet werden. Darum sind ein starker Wirtschaftsstandort und ein starker Sozialstaat für uns untrennbar miteinander verbunden.

RESPEKT.

Respekt heißt für uns: Leistung anerkennen. Chancen geben. Und: Aufstehen, wenn jemand ungerecht behandelt wird. Denn für uns ist jeder Mensch gleich viel wert – und niemand sollte sich für etwas Besseres halten. Darum stehen wir für gerechte Löhne, gleiche Aufstiegsmöglichkeiten für alle und ein gutes Miteinander, wo alle aufeinander Rücksicht nehmen.

SICHERHEIT.

Sicherheit ist die Voraussetzung für ein menschenwürdiges Leben. Niemand sollte von Ängsten und Sorgen gequält werden. Darum gilt für uns: Bei der Sicherheit machen wir keine Kompromisse. Schutz vor Gewalt, Hilfe in Notsituationen und Rechtsstaatlichkeit sind nicht verhandelbar. Doch: Sicherheit ist weit mehr als Blaulicht, Recht und Ordnung – soziale Sicherheit gehört für uns dazu. Denn die macht uns alle stark.

ZURÜCK IN DIE ZUKUNFT

07 Mehr Energie für OÖ.

13 Bauen. Bauen. Bauen.

17 Gesunde Gemeinden.

21 Gesundheit kann nicht warten.

27 Mit Sicherheit. Für alle.

33 Aufbruch in die Zukunft.

IMPRESSUM:
Medieninhaber und Herausgeber:
Sozialdemokratische Partei Oberösterreich | Landstraße 36, 4020 Linz
Tel. 05/77 26 11 | E-Mail: servicebuero@ooe.spoe.at | www.spoe.at
Redaktion & Lektorat: The Skills Group | Margaretenstraße 70, 1050 Wien
Grafik & Layout: Die Jungen Wilden Werbeagentur | Spittelwiese 7-9, 4020 Linz
Druck: Gutenberg-Werbering | Anastasius-Grün-Straße 6, 4020 Linz
Fotos: Adobe Stock; MecGreenie; Hannes Ecker; Antje Wolm
Verlagspostamt: 4020 Linz
Erscheinungsdatum: 12. September 2025

Standortstärkung:

MEHR ENERGIE FÜR OBERÖSTERREICH.

Mehr Energie. Mehr Jobs. Mehr Zukunft.
Unser Plan für den Standort bringt Oberösterreich wieder auf die Überholspur.

DA IST FÜR ALLE MEHR DRIN:

- Günstiger Strom für Haushalte und Firmen
- Weniger Abhängigkeit von Öl und Gas
- Mehr Klimaschutz
- Modernere Verkehrsinfrastruktur
- Neue Arbeitsplätze im ganzen Land

Investitionen in neue Kraftwerke:

Zehn Milliarden für günstigen Strom – und eine starke Zukunft

Oberösterreich muss in den nächsten Jahren die Energieversorgung von morgen sichern. Die SPÖ Oberösterreich hat dafür einen klaren Plan.

Um als Standort konkurrenzfähig zu bleiben, müssen wir in Oberösterreich in den nächsten fünf Jahren rund zehn Milliarden Euro in neue, umweltfreundliche Kraftwerke, Speicher und in das Stromnetz investieren. Ein ehrgeiziges Ziel – aber machbar, wie das Burgenland zeigt (siehe Beispiel). Mit Unterstützung des Landes könnte die Energie AG das notwendige Investitionsvolumen – zusammen mit anderen Energieversorgern und privaten Investorinnen und Investoren – problemlos stemmen. Das investierte Geld wird über die Nutzungsdauer wieder zurückverdient. Das würde Oberösterreich wirtschaftlich wieder richtig stark machen. Doch die schwarz-blaue Landespolitik geht leider in die entgegengesetzte Richtung. Werden weiterhin die falschen Prioritäten gesetzt, steht die Zukunft Oberösterreichs auf dem Spiel. Denn ohne neue Kraftwerke ist unser Spitzenplatz als Industriebundesland gefährdet – und damit viele Arbeitsplätze.

Neue Kraftwerke braucht das Land

Geeignete Standorte gibt es genug – vor allem, wenn sie optimal genutzt werden. Sonnen- und Windkraftanlagen sollten möglichst immer miteinander kombiniert werden. Das sorgt für eine optimale Nutzung der Netzinfrastruktur und macht den Betrieb kostengünstiger. Es geht aber nicht nur um Sonne und Wind: Auch unsere Wasserkraftwerke müssen modernisiert werden, um das volle Potenzial Oberösterreichs zu nutzen. Und zudem müssen – neben Ebensee – weitere Pumpspeicherkraftwerke und große Batteriespeicher errichtet werden. Damit wir den sauberen, günstigen Strom dann abrufen können, wenn er gebraucht wird. Schließlich braucht es auch die erforderliche Netzinfrastruktur im Land.

Dieses Investitionsprogramm ist mehr als Energiepolitik – es ist ein Jobmotor für das ganze Land. Es senkt die Strompreise für Haushalte, Industrie und Gewerbe, verbessert unsere Klimabilanz und schützt die Umwelt. Außerdem werden wir damit unabhängig von Atomstrom sowie fossiles Gas und Öl aus Diktaturen.

Kurz gesagt: Das ist die Politik, die sich die hart arbeitenden Menschen in Oberösterreich verdient haben. Eine Landespolitik mit einem Plan für eine saubere Energiezukunft, für die uns unsere Kinder und Enkel einmal danken werden.

Beispiel

Burgenland: Vorreiter in der Energiewende

Im kleinen Burgenland wird derzeit deutlich mehr in neue Windkraft-, Photovoltaik- und Speicheranlagen sowie in das Stromnetz investiert als im Industriebundesland Oberösterreich.

Gemeinsam mit dem Land und privaten Investorinnen und Investoren mobilisiert die Burgenland Energie AG zwei Milliarden Euro dafür. Damit ist das Burgenland auf dem besten Weg, bereits 2030 bilanziell energieunabhängig und klimaneutral zu werden. Schon heute produziert es über 70% seines Energiebedarfs selbst. Neben dem Ausbau von Produktionskapazitäten wird in ambitionierte Speichervorhaben investiert: Alleine bis Ende 2026 ist die Errichtung von Großspeichern an acht Standorten geplant – darunter der größte Batteriespeicher Österreichs in Andau und ein innovativer Kohlenstoffspeicher in Schattendorf.

Das macht sich auch bei den Strompreisen bemerkbar: Der „Fanclub Burgenland Energieunabhängig“ – die größte regionale Energiegemeinschaft Österreichs – garantiert ihren Mitgliedern 20 Jahre lang sauberen Strom zum Fixpreis von netto 10 Cent pro Kilowattstunde.

In aller Kürze:

Oberösterreich hat enormes Potenzial – wir müssen es nur nutzen.

Während andere Bundesländer Milliarden in neue Wind- und Sonnenkraft investieren, bremst die ÖVP-FPÖ-Regierung hierzulande. Dieser Stillstand muss enden. Denn in den nächsten fünf Jahren müssen wir in Oberösterreich zehn Milliarden Euro in umweltfreundliche Kraftwerke, Speicher und ins Netz investieren. Das senkt Strompreise für Haushalte und Betriebe, schafft tausende neue Jobs und bringt Klimaschutz, der sich auszahlt.

Thomas Antlinger,
Energiesprecher und Landtagsabgeordneter

Warum die Energiepolitik über unsere Zukunft entscheidet

Wer glaubt, Energiepolitik ist ein technisches Randthema, irrt gewaltig. Energie betrifft uns alle – und das täglich. Das zeigt auch die jüngere Vergangenheit: Weil die heimische Politik zu spät gegen die explodierenden Energiepreise vorging, litt Österreich unter einer extrem hohen Inflation. Mieten wie Betriebskosten schossen in die Höhe – was schwer auf vielen Haushalten lastet.

Das zeigt: Energiepolitik ist ein wichtiger Hebel, um Oberösterreich wieder nach vorne zu bringen. Und dieser Hebel liegt in unserer Hand: Die Landespolitik kann hier über die Energie AG direkt gestalten und sich nicht auf Wien oder Brüssel herausreden.

Leider nutzen wir diesen Hebel derzeit nicht. Während im kleinen Burgenland in den nächsten fünf Jahren zwei Milliarden Euro in Wind- und Sonnenkraft

gesteckt werden, gibt es bei uns kein annähernd vergleichbares Programm. Dabei muss Oberösterreich in den nächsten fünf Jahren zehn Milliarden Euro in saubere Kraftwerke, in Speicher und ins Stromnetz investieren, um den Wirtschaftsstandort abzusichern. Hier wird die SPÖ Oberösterreich unter ihrem neuen Vorsitzenden Martin Winkler nicht lockerlassen.

Denn dabei geht es um Jobs, günstigen Strom und eine sichere Zukunft. Die nächsten Jahre entscheiden, ob wir im internationalen Wettbewerb mithalten können – gerade jetzt, wo Technologien wie künstliche Intelligenz große Mengen an zusätzlichem Strom brauchen werden. Nur wer die Energie der Zukunft hat, hat auch die Arbeitsplätze der Zukunft. Darum lasst uns jetzt in die Zukunft Oberösterreichs investieren.

„Windkraftverbotszonen im ganzen Land und der Schweinsbraten im Verfassungsrang werden Oberösterreich nicht in eine gute Zukunft führen.“

Raus aus dem Stillstand:

Mehr Tempo bei Infrastrukturprojekten!

Oberösterreich muss bei Schlüsselprojekten deutlich schneller werden – die hiesigen Verfahren dauern viel zu lange.

Von der neuen Donaubrücke in Mauthausen über den Windpark in Sandl bis zur 110 kV-Leitung von Freistadt nach Bad Leonfelden – viele Leitprojekte im Land stecken in absurd langen Bewilligungsverfahren fest. Oft dauert die Genehmigung länger als der Bau – das kostet Milliarden an Investitionen und schadet allen. Die SPÖ

Oberösterreich unter Martin Winkler setzt daher auf eine neue Umsetzungskultur: alle Ressorts an einen Tisch, Verzögerungen vermeiden, umsetzungsorientiert handeln.

Breitband und Regionalbahnen ausbauen

Das gilt besonders für öffentliche Bauvorhaben von ÖBB und ASFINAG. Jeder

genehmigte Euro sollte hier in Oberösterreich so schnell wie möglich zu einer besseren Infrastruktur führen – das schafft neue Jobs und stärkt die Wirtschaft.

Vor allem beim Ausbau und dem Erhalt unserer Regionalbahnen braucht es mehr Tempo. Denn Projekte wie die Stadtbahn nach Gallneukirchen und der Ausbau der

Summerauerbahn sind zentral für den ländlichen Raum. Gleiches gilt für die digitale Infrastruktur: Mehr als jedes zehnte Gebäude in Oberösterreich hat noch immer keinen Breitbandanschluss.

Es ist höchste Zeit für eine neue Umsetzungskultur in Oberösterreich.“

Heidi Strauss,
Bausprecherin und Landtagsabgeordnete

Oberösterreich schießt sich selbst ins Knie

Wenn Genehmigungsverfahren länger dauern als der Bau, ist das ein Armutszeugnis – erst recht in schwierigen Zeiten. Kein größeres Leitprojekt in Oberösterreich liegt im Plan. Dabei geht es nicht nur um Kraftwerke, sondern auch um Verkehrswege, auf die Betriebe und Pendlerinnen und Pendler täglich angewiesen sind. Jeder verlorene Tag kostet hier Wachstum, Jobs und Geld.

Um das zu ändern, brauchen wir eine neue Umsetzungskultur mit straffen, effizienten Verfahren. Wo die Verwaltung sinnvolle Projekte ermöglicht statt verzögert. Die Donaubrücke Mauthausen zeigt, was aktuell schief läuft: Nach drei Jahrzehnten ist man noch immer Jahre vom Spatenstich entfernt. So lähmt sich Oberösterreich selbst.

Beispiel

Donaubrücke Mauthausen

Die Donaubrücke in Mauthausen ist ein über 500 Meter langes Mahnmal für das Versagen der Landespolitik in Sachen Infrastruktur.

„Die unendliche Geschichte“ begann im Jahr 1997, als der damalige Landesrat Hiesl den Neubau der Donaubrücke in Mauthausen ankündigte. Weil dabei auch Niederösterreich ein Wörtchen mitzureden hatte, passierte danach lange nichts. Doch 2015 verkündeten die Landeshauptleute Stelzer und Pröll eine Einigung: Der Neubau sollte „in den nächsten Jahren“ erfolgen. Niederösterreich hat aber bei seiner Trassenführung eine Sollbruchstelle eingebaut. Statt einer direkten Verbindung zur Autobahn nach St. Valentin (12 Planungsvarianten sahen das vor) wurde eine Strecke durch Ennsdorf gewählt.

Seit 10 Jahren verantwortet Staulandesrat Günther Steinkellner von der FPÖ das Verkehrsressort. Die Verfahren wurden seither nicht kürzer, sondern länger. Heute quälen sich zigtausende Fahrzeuge im Schleichtempo über die marode Brücke – denn seit März 2023 gilt dort wegen Baufälligkeit Tempo 30. Das kostet Zeit, Geld und verursacht unnötige CO₂-Belastungen. Nach über 60 Jahren droht bald eine Sperre der Brücke. In Perg und Amstetten ist die Wirtschaft alarmiert, Arbeitsplätze sind in Gefahr. Dieses Projekt hat daher oberste Priorität – weitere Verzögerungen wären verheerend.

In aller Kürze:

Genehmigungsverfahren in Oberösterreich sind ein Behördenhürdenlauf.

Dadurch verlieren wir bei Infrastrukturprojekten wertvolle Jahre – und damit Wachstum, Jobs und Wettbewerbsfähigkeit. Überlange Verfahren blockieren Energie-, Bahn-, Straßen- und Breitbandprojekte, die für Bevölkerung und Wirtschaft wichtig wären. Die SPÖ Oberösterreich will diese Blockaden beenden: mit einer neuen Umsetzungskultur im Land.

Arbeitsmarkt ankurbeln:

Potenziale fördern = Oberösterreich stärken und Zukunft sichern

Faire Chancen für Lehrlinge. Neue Perspektiven für Arbeitssuchende. Sichere Zukunft für Schlüsselbranchen. Oberösterreich braucht einen Arbeitsmarkt, der allen faire Chancen bietet – und in dem Leistung, Einsatz und Ausbildung auch spürbar honoriert werden. Die SPÖ Oberösterreich setzt dabei auf drei klare Schwerpunkte:

1. Mehr Anerkennung für Lehrlinge

Lehrlinge sind für unsere Wirtschaft mindestens so wertvoll wie Studierende. Darum sollte es eine *Prämie von 1.000 Euro* vom Land Oberösterreich für alle geben, die ihre Lehrabschlussprüfung erfolgreich absolvieren – als Zeichen der Wertschätzung und als Ansporn. Außerdem sollten *überbetriebliche Lehrlinge nach dem jeweiligen Kollektivvertrag bezahlt* werden. Denn jede und jeder Lehrling ist gleich viel wert!

2. Beschäftigungsgarantie für Langzeitarbeitslose

Langzeitarbeitslosigkeit ist ein Teufelskreis – aus dem es Auswege gibt, wie Pilotprojekte in Niederösterreich beweisen. Die Erfahrungen zeigen: Wenn wir *öffentlich geförderte Arbeitsplätze* in Branchen mit großem Personalmangel schaffen, bringen wir Menschen wieder in Arbeit, geben ihnen neue Perspektiven und stärken gleichzeitig unsere Betriebe. Davon haben echt alle was.

3. Sicherung von Gastronomie und Tourismus

Unsere Gastgewerbebetriebe prägen Oberösterreich – doch viele davon kämpfen ums Überleben. Auch wegen Personalmangels. Zum Gegensteuern braucht es ein Investitionsprogramm für Gastronomie, Tourismus und Hotellerie, das auch für *faire Arbeitsbedingungen* sorgt mit *spürbaren Zuschlägen für Wochenenddienste* und einer *vorausschauenden Schichtplanung*. Saisonkräfte sollen durch gezielte Weiterbildung bleiben – und neue Betriebe durch eine *zentrale Anlaufstelle* in der Startphase unterstützt werden. So verhindern wir das Abwandern von Fachkräften, schaffen neue Jobs und sichern die Zukunft einer Schlüsselbranche in Oberösterreich.

Hans Karl Schaller,
Landtagsabgeordneter und Sprecher für Arbeitsmarkt, Wirtschaft und Industrie

Eine Frage des Respekts

Es ist eine Frage des Respekts, die Leistung der arbeitenden Menschen in Oberösterreich anzuerkennen. Wer täglich anpackt, sollte davon etwas haben – und das vor allem auch auf dem Konto. Anerkennung muss sich im Lohn zeigen, denn ein Schulterklopfen zahlt keine Stromrechnungen.

Eine Frage des Respekts ist auch: Beschäftigte nicht mit 50 auf's Abstellgleis zu schieben. Sie haben sich jahrzehntelang für ihre Betriebe und den Standort Oberösterreich verdient gemacht – ihre Erfahrung gehört genutzt. Und Respekt heißt nicht zuletzt, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von morgen – besonders unseren Lehrlingen – mehr Aufmerksamkeit zu schenken. Denn die sind unsere Zukunft.

Das beste Rezept für leistbares Wohnen:

BAUEN. BAUEN. BAUEN.

Damit Wohnen wieder leistbar wird.
Wie wir das Wohnangebot erhöhen, die Preise dämpfen und den Weg
für günstigeren Wohnraum in Stadt und Land freimachen.

DA IST FÜR ALLE MEHR DRIN:

- 2.000 geförderte Wohnungen pro Jahr
- Planbare Mietpreise
- Bodenspekulation stoppen
- Mehr sanieren statt versiegeln
- Schöner Wohnen

Wohnbau-Offensive:

Auf die Bauplätze, fertig, los!

Trotz steigender Nachfrage gibt Oberösterreich anteilig immer weniger für leistbares Wohnen aus. Das spüren wir alle bei den Wohnkosten.

Das „Gesetz von Angebot und Nachfrage“ gehört zum kleinen 1 x 1 der Wirtschaftslehre: Wächst die Nachfrage stärker als das Angebot, steigen die Preise. Das gilt auch für den Wohnungs- und Immobilienmarkt. In Oberösterreich ist diese Entwicklung deutlich zu sehen. Die Nachfrage nach Wohnraum ist hierzulande stark gestiegen. Und da sich kaum etwas so gut vorhersagen lässt wie die Bevölkerungsentwicklung, wissen wir schon heute: Sie wird in den nächsten Jahrzehnten weiter steigen.

Man sollte also annehmen, dass das Land Oberösterreich sich ordentlich ins Zeug wirft, damit dieser wachsenden Nachfrage ein ausreichend großes Angebot gegenübersteht. Doch leider ist das Gegenteil der Fall: In den letzten 15 Jahren hat das Land Oberösterreich anteilig immer weniger für leistbares Wohnen ausgegeben. 2009 wurden noch 6,2 % des oberösterreichischen Landesbudgets für den Wohnbau bereitgestellt. Doch seit der FPÖ-Politiker Manfred Haimbuchner das Wohnbauressort 2010 übernommen hat, ist dieser Anteil kontinuierlich gesunken – auf zuletzt 3,7 % des Landesbudgets oder 344 Mio. Euro.

Höchste Zeit für einen Kurswechsel

Durch diesen schleichenden Rückgang sind dem hiesigen Wohnbau in den Haimbuchner-Jahren unterm Strich rund zwei Milliarden Euro entzogen worden. Bei den Wohnbeihilfen waren die Kürzungen sogar noch einschneidender – obwohl der Bedarf nach diesen Beihilfen durch die gestiegenen Wohnkosten deutlich zugenommen hat.

Die Folgen davon bezahlen früher oder später alle Oberösterreicherinnen und Oberösterreicher mit gestiegenen Wohnkosten. Darum ist es mit Blick auf die Zukunft allerhöchste Zeit für einen Kurswechsel bei der hiesigen Wohnbauförderung. „Bauen. Bauen. Bauen.“ ist das Motto, das Martin Winkler als neuer Chef der oberösterreichischen Roten dafür ausgegeben hat.

Neubau hochfahren und Sanierungen fördern

Konkret heißt das: Die Wohnbauförderung wieder deutlich erhöhen und mit einer „Wohnbau-Offensive“ beim Neubau ordentlich auf die Tube drücken. Daneben will Winkler auch die Sanierung bestehender Häuser im ländlichen Raum forcieren.

Nicht wenige Bestandsobjekte aus früheren Jahrzehnten sind in einem Ausmaß sanierungsbedürftig, das die Erben nicht stemmen können. Hier könnten im Zuge der geförderten Sanierung des Altbestands neue Wohneinheiten entstehen. So wird zusätzlicher Wohnraum geschaffen, ohne Boden und Grünraum zu verbrauchen.

Rückflüsse aus Wohnbaudarlehen nutzen

Und finanzieren? Geht – ohne neue Belastungen. Indem wir den Geldhahn wieder in die richtige Richtung drehen: Die Rückflüsse aus den Wohnbaudarlehen, die wir alle über unsere Sozialbeiträge möglich gemacht haben, gehören zurück in den Wohnbautopf. In Oberösterreich wurden große Pakete

dieser Darlehen verkauft und die Erlöse für anderes im Landesbudget genutzt – damit fehlen sie genau dort, wo sie gebraucht werden. Früher waren diese Mittel zweckgewidmet. Zu dieser Praxis kehren wir zurück: Jeder Euro aus Rückflüssen und Verkäufen fließt wieder 1:1 in leistbares Wohnen.

In aller Kürze:

In den letzten 15 Jahren hat das Land Oberösterreich anteilig immer weniger für leistbares Wohnen ausgegeben (2009: 6,2 % → 2024: 3,7 %).

Das trägt zu spürbar höheren Wohnkosten bei und schwächt die Kaufkraft der breiten Mehrheit im Land. Die SPÖ Oberösterreich setzt daher auf eine Wohnbau-Offensive mit mehr Neubau und Förderung von Sanierungen. Finanziert wird das u. a. durch die Rückführung aller Erlöse aus den Wohnbaudarlehen in den Wohnbautopf.

Der Winkler-Plan für ein starkes Oberösterreich

Was uns wichtig ist:

Her mit dem leistbaren Wohnen!

Mehr als die Hälfte der Menschen in Oberösterreich stuft ihre Wohnsituation als kaum leistbar ein – bei den Unter-30-Jährigen sogar rund zwei Drittel. Darauf kann es nur eine Antwort geben: Leistbares Wohnen muss wieder zurück ins Zentrum der Landespolitik rücken.

Der SPÖ-Plan für mehr leistbares Wohnen:

- Mehr geförderter Wohnraum: Mindestens 2.000 geförderte Wohnungen pro Jahr errichten. Das vergrößert das Angebot und dämpft die Entwicklung der Mietpreise. Zusätzlich die Eigenkapitalreserven der Gemeinnützigen klug für ein Sonderwohnbauprogramm mobilisieren.
- Häuslbauerinnen und -bauern am Land mitdenken: Leistbar wohnen heißt auch, privaten Häuslbauerinnen und -bauern die Finanzierung erleichtern, wenn sie leistbaren Wohnraum schaffen. So stärken wir regionale Strukturen und verhindern Abwanderung. Das ist gerade im ländlichen Raum wichtig.
- Für den Start ins eigene Leben: Günstige Mietwohnungen speziell für Jüngere und WGs schaffen. Und unterstützen wir junge Häuslbauer und -saniererinnen mit Eigenkapitalzuschüssen, damit sie auch unter den aktuellen Finanzmarktregeln ein Eigenheim schaffen können.
- Sanieren statt versiegeln: Nachverdichten, aufstocken und erweitern muss Vorrang vor dem Zubetonieren neuer Flächen haben. Wer innerhalb der Familie ein Haus übernimmt, wird mit einem Fördermodell unterstützt, das die bereits verbaute „graue Energie“ anerkennt. Vereinfachte Genehmigungen sorgen dafür, dass zusätzlicher Wohnraum im Bestand rascher entsteht.

→ Stopp der Bodenspekulation: Bauland ist zum Bauen da – nicht zum Horten. Neue Baulandwidmungen mit Preisdeckel (nach dem Vorbild Gallneukirchens) und Rückwidmung nach fünf Jahren, wenn nicht gebaut wurde. Das bremst die Spekulation und senkt langfristig die Bau- und Mietkosten.

→ Geld dorthin, wo es hingehört: Rückflüsse aus Wohnbaudarlehen zurück in den Wohnbautopf. Erlöse aus Wohnbaufördermitteln gehören nicht in andere Budgettöpfe. Außerdem: Jährlich angepasster Mietpreisdeckel für alle Wohnformen, um extreme Sprünge zu verhindern und Kosten planbar zu halten.

DAS BRINGT'S FÜR LAND & LEUTE:

- Mehr geförderte Wohnungen = mehr leistbarer Wohnraum → Mietpreise bremsen sich ein
- Eigentum wird wieder erreichbar, wenn gedeckelte Grundstückspreise und befristete Widmungen der Spekulation den Boden entziehen
- Jährlicher Mietpreisdeckel schützt vor plötzlichen Extrem-Erhöhungen – besonders Haushalte mit mittleren und kleineren Einkommen

*Peter Binder,
Wohnbausprecher und 3. Landtagspräsident*

Wohnen darf kein Luxusgut werden!

Sich das Wohnen leisten zu können, ist die Grundlage für ein selbstbestimmtes Leben. Für Familien, die starten. Für Junge, die ausziehen. Für Ältere, die zuhause bleiben wollen. Wenn mehr als jede und jeder Zweite in Oberösterreich sagt: „Das wird mir zu teuer“, dann ist das kein gottgegebenes Naturereignis, sondern ein politischer Auftrag.

Die richtigen Stellschrauben liegen alle in der Hand des Landes, sie wollen nur genutzt werden: Mehr geförderte Wohnungen schaffen. Strengere Regeln gegen Bodenspekulation. Sanierungen forcieren. Und nicht zuletzt: die Rückflüsse aus eingesetzten Wohnbaufördermitteln wieder in den Wohnbau stecken – wo sie hingehören und wirken können. Das wäre nur fair.

Denn jede Generation verdient leistbare Mieten, planbare Wohnkosten und die Chance auf Eigentum. Wohnen ist schließlich ein Grundrecht. Darum sollten wir gemeinsam dafür sorgen, dass es wieder eines wird, das sich alle leisten können.

Für ein blühendes Oberösterreich:

GESUNDE GEMEINDEN. LEBENDIGES LAND.

**Neue Perspektiven für den ländlichen Raum.
Mit stabilen Gemeindefinanzen in eine bessere Infrastruktur für alle investieren.**

DA IST FÜR ALLE MEHR DRIN:

- Stabile Gemeindefinanzen
- Bessere Infrastruktur am Land
- Lebendige Ortskerne
- Gestärkte lokale Betriebe
- Mehr Miteinander

Schluss mit dem Auspressen:

Unsere Gemeinden sind keine Zitronen!

Kein anderes Bundesland belastet seine Gemeinden mit derart hohen Umlagen wie Oberösterreich. Das hat fatale Folgen für unseren ländlichen Raum.

In Oberösterreich investieren Gemeinden deutlich weniger als in anderen Bundesländern. Während die Gemeindeinvestitionen im Rest von Österreich in den letzten 15 Jahren um +78 % gestiegen sind, waren es hierzulande nur +44 %. Das verzögert zahlreiche lokale Projekte – zum Schaden der Bevölkerung und der regionalen Wirtschaft.

Schuld daran sind die überdurchschnittlich hohen Umlagen, mit denen das Land Oberösterreich die hiesigen Gemeindekassen belastet. Das bestätigt auch das unabhängige Zentrum für Verwaltungsforschung (KDZ): In Oberösterreich mussten Gemeinden im Jahr 2023 über 850 Euro pro Kopf an das Land abgeben (in Form von Umlagen und Transferzahlungen), im restlichen Österreich waren es im Schnitt unter 600 Euro.

Immer mehr „Abgangsgemeinden“

Die Folge davon: Immer mehr Gemeinden in Oberösterreich geht finanziell die Luft aus. Nahezu die Hälfte ist bereits im Härteausgleich, 2026 werden fast zwei Drittel „Abgangsgemeinden“ sein, die Verluste schreiben. Darunter leiden unzählige Aufgaben, die für das gute Funktionieren jeder Gemeinde wichtig sind (siehe „Die lange Liste des Leidens“). Diese Entwicklung muss gestoppt werden. Der wichtigste Schritt dorthin: Die oberösterreichischen Landesumlagen gehören auf das Niveau der anderen Bundesländer gesenkt. Alleine dadurch würden den hiesigen Gemeinden über 200 Mio. Euro pro Jahr zusätzlich zur Verfügung stehen. Geld, das sofort in Krabbelstuben, Pflegeeinrichtungen, lebendige Ortskerne oder Sportplätze fließt – und damit nicht zuletzt die lokalen Betriebe stärkt.

In aller Kürze:

Oberösterreich bürdet seinen Gemeinden mit Abstand die höchsten Landesumlagen auf. Dadurch geht unseren Gemeinden finanziell die Luft aus. Das verhindert und verzögert wichtige Investitionen – zum Schaden der Bevölkerung und der regionalen Wirtschaft.

Die lange Liste des Leidens

Welche kommunalen Leistungen drohen aufgrund der aktuellen Budgetsituation verzögert, gekürzt oder komplett eingespart zu werden?

Die SPÖ Oberösterreich hat dazu im Sommer 2025 eine Umfrage unter Gemeindevertreterinnen und -vertretern durchgeführt. Hier die häufigsten Antworten:

- Sanierung und Neubau von Schulen, Kindergärten und Krabbelstuben
- Anschaffungen für Feuerwehr und Katastrophenschutz
- Straßenbau, Brückensanierungen und Ausbau des Radwegenetzes
- Öffentlicher Verkehr (Busse, Jugendtaxi)
- Instandhaltung von Sportstätten
- Öffentliche Bäder
- Vereinsförderungen und Unterstützungen für das Ehrenamt
- Förderungen im Kulturbereich
- Öffentliche Bibliotheken
- Jugendzentren und Ferienpassaktionen
- Essen auf Rädern

Tobias Höglinger,
Gemeindesprecher und
Landtagsabgeordneter

Damit im Ort wieder was weitergeht

Montagmorgen im Gemeindeamt: Die Krabbelgruppen und Kindergärten sind bis auf den letzten Platz belegt, im Ortskern steht das dritte Geschäft leer, der Sportverein braucht neue Kabinen und die Volksschule ein neues Dach. Alle wissen, was zu tun wäre – es fehlt nur das Geld dafür.

Genau hier muss eine kluge Politik ansetzen: Umlagen runter, Handlungsspielraum rauf – dann geht im Ort wieder mehr weiter. Das sorgt für mehr Lebensqualität im Alltag: durch bessere Infrastruktur, lebendige Ortskerne, kürzere Wege, ein intaktes Vereinsleben und vieles mehr. Wenn Gemeinden wieder handlungsfähiger werden, geht's überall schneller voran. Nutzen wir dieses Potenzial. Am Ende profitieren unsere Betriebe und ihre Beschäftigten in den Gemeinden davon. Insbesondere die lokalen Baufirmen, Zimmereien, Tischlereien, Elektriker- und Installateurbetriebe und viele mehr.

Zukunftsfit:

Fünf Punkte für starke Gemeinden

01 Ausbluten stoppen: Senken wir die Landesumlagen auf den Durchschnitt der anderen Bundesländer, damit unseren Gemeinden nicht die Luft ausgeht – und es wieder mehr Investitionen in das Gemeindeleben und eine funktionierende Infrastruktur gibt.

02 Ortskerne wiederbeleben: Holen wir uns mit einer Leerstandsabgabe und Leerstandsmanagement die notwendigen Flächen zurück, um dort durch gezielte Investitionen attraktive Treffpunkte und Arbeitsplätze vor Ort zu schaffen.

03 Kooperationen fördern: Überall dort, wo die Zusammenarbeit von Nachbargemeinden sinnvoll ist (z. B. bei Beschaffungen), soll das Land freiwillige Kooperationen unterstützen – sowohl finanziell als auch organisatorisch. Dadurch können alle ihre begrenzten Mittel besser nutzen.

04 Schnelleres Internet: Sorgen wir für leistbare Breitband-Anschlüsse im ganzen Land – u. a. durch eine Glasfaser-Mitverlegungspflicht beim Straßenbau, Landesförderungen und gemeinsame Ausschreibungen.

05 Energiewende nutzen: Lassen wir unsere Gemeinden mit einem „Gemeinde-Cent“ pro kWh von lokalen Wind- und Sonnenkraftprojekten profitieren. Das bringt dringend benötigte Einnahmen und beschleunigt die Energiewende.

Die SPÖ steht für starke Kommunen. Rund 40 % der Menschen in Oberösterreich leben in einer SPÖ-geführten Gemeinde. Ob in der Landeshauptstadt oder einem kleinen Dorf: Die aktuell 85 Bürgermeisterinnen und -meister der SPÖ sind im wahrsten Sinne des Wortes „vor Ort“. Sie kennen die Anliegen und Sorgen im Land wie kaum jemand sonst. Und stehen damit für eine Politik, wie sie sein sollte: nah bei den Menschen.

Christina Mühlböck

Markus Vogl

Inés Mirlacher

Sabine Naderer-Jelinek

Dietmar Prammer

Der Winkler-Plan für ein starkes Oberösterreich

Gesundheit und Pflege:

GESUNDHEIT KANN NICHT WARTEN.

**Gut versorgt in Stadt und Land.
Für ein starkes öffentliches Gesundheitswesen – mit mehr Personal, effizienten Strukturen und einer fairen Finanzierung.**

DA IST FÜR ALLE MEHR DRIN:

- Kürzere Wartezeiten
- Bessere Arbeitsbedingungen
- Flächendeckende Versorgung
- Gesundheits- und Pflegezentren in jedem Bezirk
- Mehr Sicherheit im Alter

Sicher und gut versorgt:

Die beste Medizin für unser Gesundheitswesen

Die Gesundheitsversorgung in Oberösterreich stößt an ihre Grenzen. Was es braucht, um das zu ändern?
Mehr Personal und eine bessere Arbeitsteilung!

Lange Wartezeiten bei planbaren Operationen. Fehlende Fachärztinnen und -ärzte. Wegen Personalmangels gesperrte Spitalsbetten. Unbesetzte Kassenstellen im niedergelassenen Bereich. Überall in Oberösterreich sind die Belastungsgrenzen unseres Gesundheitssystems spürbar.

Wer daran etwas ändern will, muss bei den Menschen beginnen: Es braucht eine ordentliche Beschäftigungsoffensive im Gesundheitswesen – mit mehr Ausbildungsplätzen und einer vorausschauenden Planung – um die Versorgung langfristig zu sichern. Arbeitsbedingungen, die Fachkräfte vertreiben, statt anzulocken, sind da doppelt inakzeptabel.

Herzstück Krankenanstalten

Wichtig ist aber auch, für eine effiziente Arbeitsteilung in unserem Gesundheitssystem zu sorgen. Im Mittelpunkt stehen dabei die Krankenanstalten: Die sind nicht nur rund um die Uhr einsatzbereit, um Notfälle zu versorgen. Mit kurzen Wegen zwischen den ver-

schiedensten Disziplinen und einem starken fachlichen Austausch werden sie als zentrale Drehscheibe des Gesundheitswesens immer wichtiger.

Spezialisierungen und Schwerpunktbildungen sind hier sinnvoll – vorausgesetzt, die Zuweisung funktioniert. Denn Patientinnen und Patienten müssen rasch dorthin kommen, wo es die bestmögliche Behandlung für sie gibt – und dürfen nicht im Kreis geschickt werden.

Dafür ist vor allem eines wichtig: Ein gutes Zusammenspiel zwischen Spitälern, niedergelassenen Ordinationen, Fachabteilungen und allen anderen Teilen dieses Systems.

Mehr Effizienz, weniger Versorgungslücken

In den Spitälern angesiedelte „Erstversorgungsambulanzen“ können dazu einen wichtigen Beitrag leisten. Als Erstanlaufstelle entlasten sie den niedergelassenen Bereich und schließen bestehende Versorgungslücken.

Und als Teil des Spitalsbetrieb können sie dafür sorgen, dass die dort vorhandenen Ressourcen optimal eingesetzt werden. Auch die Telemedizin kann hier zu einer Entlastung der Strukturen beitragen – und gleichzeitig den Patientinnen und Patienten unnötige Wege ersparen, wenn z. B. Nachsorgegespräche per Videocall stattfinden.

Für planbare Eingriffe braucht es außerdem ein spitalsübergreifendes Management der OP-Ressourcen – mit einer transparenten OP-Warteliste für ganz Oberösterreich, die z. B. sicherstellt, dass bei kurzfristig freiwerdenden OP-Terminen nach klaren Kriterien (wie Wartezeit und medizinischer Bedarf) entschieden wird, wer nachrücken soll.

Gabriele Knauseder,
Pflegesprecherin und Landtagsabgeordnete

Wir wollen unser Geld zurück!

Erinnern Sie sich noch an die „Patientenmilliarde“? Mit diesem falschen Versprechen haben ÖVP und FPÖ unsere Krankenversicherungen 2018 im Eiltempo politisch umgefärbt. Die Folgen für Oberösterreich: längere Wartezeiten, unbesetzte Kassenstellen, gesperrte Betten.

FPÖ-Vize Manfred Haimbuchner meinte damals: „Ich mache mir keine Sorgen, dass es zu irgendeinem Nachteil in Oberösterreich kommt.“ Heute sind diese Nachteile überall sichtbar – und wir alle zahlen dafür. Besonders bitter: Diese Reform hat uns Patientinnen und Patienten keine Milliarde gebracht, sondern gekostet.

Rund 500 Millionen Euro der oberösterreichischen Gebietskrankenkasse – unsere Versicherungsbeiträge! – wurden uns bei diesem schwarz-blauen Raubzug entwendet. Dieses Geld fehlt heute, wenn es darum geht, ärztliche Versorgung zu finanzieren, Ambulanzen zu stärken oder Wartezeiten zu verkürzen. Das ist keine Kleinigkeit, sondern eine riesige Sauerei!

Teuren Flop rückgängig machen

Die SPÖ Oberösterreich sagt hier ganz klar: Wir wollen unser Geld – und unsere Kasse – zurück! Denn die Kassenreform hat auch gezeigt: Alles zu zentralisieren ist ineffizient. Darum wäre es am besten, diesen teuren Flop rückgängig zu machen. Entscheidungen sollten wieder dort getroffen werden, wo der Bedarf am besten eingeschätzt werden kann. Und wo die Interessen von uns beitragszahlenden Versicherten gewahrt werden. Dazu gehört, dass unsere 500 Millionen in die Verbesserung der oberösterreichischen Gesundheitsversorgung investiert werden: mit verbindlichen Zielzahlen für Kassenstellen, einem wirklich flächendeckenden Versorgungsangebot und transparenten Budgets. Kurz gesagt: Holen wir die Verantwortung und das Geld dorthin zurück, wo sie wirken – nach Oberösterreich, zu uns Versicherten.

In aller Kürze:

Mehr Personal + effizientere Arbeitsteilung = bessere Versorgung. Mit einer Beschäftigungsoffensive, Erstversorgungsambulanzen, mehr Telemedizin & Co. lassen sich Versorgungslücken im Gesundheitswesen schließen und Wartezeiten verringern. Holen wir uns dafür unsere Kasse zurück!

Bestens gepflegte Strukturen:

Ein Gesundheits- und Pflegezentrum für jeden Bezirk

Unsere Gesellschaft wird älter. Dass wir länger leben, ist eigentlich eine gute Nachricht – stellt das Pflege- und Gesundheitssystem aber vor neue Aufgaben. Die SPÖ hat passende Lösungen dafür.

Ob bei Krankheit, im Alter oder in Notfällen: Sich auf ein gutes Betreuungsnetz verlassen zu können, gibt Sicherheit – besonders in der Pflege. Alle Menschen in Oberösterreich sollten verlässliche und leistbare Angebote in ihrer Nähe haben, egal ob in der Stadt oder am Land. Dafür will die SPÖ Oberösterreich sorgen.

Im Mittelpunkt steht dabei die Idee eines Gesundheits- und Pflegezentrums in jedem Bezirk. Diese Häuser bündeln mehrere Versorgungsangebote – im wahrsten Sinne des Wortes – unter einem Dach:

- Ein **ärztliches Primärversorgungszentrum**,
- eine **Tagesbetreuungsstruktur** und

→ **Dienstleistungen** für physische und mentale Gesundheit, verbunden mit

→ **Wohnraum für ältere Menschen** und Mehrgenerationenwohnen sowie

→ **Flächen für Nahversorgung** und Handel.

Die Weiterentwicklung dieser Idee läuft bereits: Bis Ende dieses Jahres werden Standorte für 15 Pilotprojekte ausgewählt, für die im Frühjahr 2026 entsprechende Machbarkeits- und Detailkonzepte folgen – die zeigen werden, wie das Leben am Land für alle einfacher, gesünder und sicherer werden kann.

Parallel wird der Finanzbedarf konkretisiert. Die ÖVP will zur Pflegefinanzierung den 13. und 14. Pensionsbezug heranziehen – das lehnt die SPÖ ab. Ihr Konzept setzt auf eine zweckgewidmete Abgabe auf Millionenerbschaften. So bleibt Pflege leistbar – für jene, die sie brauchen, und für ihre Familien.

Was es sonst noch braucht:

Mehr Power für ein besseres Pflegeangebot

- 01 Vorhandene Kapazitäten besser nutzen.**
Leere Stockwerke in Pflegeeinrichtungen oder Spitälern mit zusätzlichem Personal aktivieren und für Tagesbetreuung öffnen – das stärkt die Pflege zu Hause und ermöglicht ein Altwerden in gewohnter Umgebung.
- 02 Versorgungslücken schließen.**
Wo Pflegeplätze fehlen, müssen sie rasch geschaffen werden – vorrangig durch den Ausbau bestehender Strukturen, um lange Wartezeiten zu vermeiden.
- 03 Mehr Personal gewinnen.**
Angesichts des Fachkräftemangels muss das Land alle Möglichkeiten nutzen: Umschulungen, bedarfsgerechte Qualifizierungen bis hin zu Deutschkursen – und eine gute Begleitung für alle, die im Pflegealltag ankommen wollen.
- 04 Technische Unterstützung ausbauen.**
Moderne Technik kann Arbeitskräfte nicht ersetzen, aber entlasten. Wo sie Doppelgleisigkeiten verhindert, für rasche und effiziente Abstimmungsprozesse sorgt und allen Beteiligten unnötige Wege erspart, trägt sie zu einer besseren Versorgung bei.
- 05 Schnittstellen verbessern.**
Gute Versorgung ist Teamwork. Ein engeres Zusammenspiel von Pflegeeinrichtungen, Spitälern, Kassenordinationen, Apotheken und selbstständigen Gesundheitsberufen sorgt dafür, dass jeder Euro wirksamer eingesetzt wird.

In aller Kürze:

Das SPÖ-Konzept sorgt für eine zuverlässige und leistbare Pflege in ganz Oberösterreich. Mit vielseitigen Gesundheits- und Pflegezentren in jedem Bezirk – und gezielten Maßnahmen zur Stärkung des Versorgungsnetzes. Finanziert durch eine zweckgewidmete Abgabe für Millionenerbschaften – während der 13. und 14. Pensionsbezug tabu bleiben.

Aus Respekt vor der älteren Generation:

Für einen schönen Lebensabend

Unsere Seniorinnen und Senioren haben sich ein sicheres und gutes Leben im Alter verdient. Doch das Land Oberösterreich möchte sich aus der Verantwortung dafür stehlen.

Die vom Land Oberösterreich geplante „Betreuungsarchitektur 2040“ ist eine tickende Zeitbombe: Wie der Städtebund zu Recht kritisiert, soll die Verantwortung für das Versorgungsnetz unserer älteren Generation damit auf regionale Sozialträger und ehrenamtliche Strukturen abgewälzt werden. Dieser Plan geht in die völlig falsche Richtung: Das Land sollte nicht weniger, sondern mehr dafür tun, dass die Oberösterreicherinnen und Oberösterreicher ihren Lebensabend genießen können.

Was es wirklich braucht

Das beginnt mit finanzieller Sicherheit: Niemand soll im Alter arm sein. Ein wichtiger Schritt dorthin: Die Ausgleichszulage, die unseren Pensionistinnen und Pensionisten ein Existenzminimum sichern soll, muss endlich über die Armutsgrenze gehoben werden. Außerdem müssen dringend benötigte Unterstützungsleistungen unkompliziert und ohne Stigma zugänglich sein.

Damit solche Hilfe gar nicht erst gebraucht wird, müssen wir mehr gegen Altersarbeitslosigkeit tun. Die ist in Oberösterreich zuletzt stark angestiegen: Mehr als jeder vierte größere Betrieb im Land beschäftigt keine einzige Person über 60, mehr als die Hälfte keine einzige Frau in diesem Alter. Um hier entschlossen gegenzusteuern, braucht es eine maßgeschneiderte Beschäftigungsoffensive für ältere Arbeitnehmerinnen und -nehmer in Oberösterreich. Die macht den Wiedereinstieg leichter, fördert Qualifizierung und schafft Anreize für Betriebe, ältere Mitarbeitende einzustellen.

Gemeinsam statt einsam

Genauso wichtig ist es, dass wir der Vereinsamung im Alter vorbeugen. Gemeinden, Vereine und Nachbarschaften leisten hier tolle Arbeit – aber sie brauchen mehr politischen Rückenwind, um Begegnungsorte, Besuchsdienste und Kulturangebote zu schaffen, die Menschen im Alltag zusammenbringen.

Außerdem gilt: Digitalisierung darf niemanden ausschließen. Amtswege und die Nutzung öffentlicher Angebote müssen auch ohne elektronische Hilfsmittel möglich sein. Wer damit nicht vertraut ist, soll bei der Einrichtung von digitalen Services wie der ID Austria rundum unterstützt werden – bis hin zu Schulungen für die sichere Nutzung der neuen Möglichkeiten. Und auch die Versorgung mit Bargeld gilt es zu sichern – mit einem flächendeckenden Angebot an gebührenfreien Bankomaten im ganzen Land.

In aller Kürze:

Jeder Mensch hat das Recht auf einen würdevollen Lebensabend. Medizinisch gut versorgt. Finanziell abgesichert. Sozial eingebunden. Mit Unterstützung, wo sie gebraucht wird. Unserer älteren Generation diese Lebensqualität zu sichern, ist eine Frage des Respekts.

Der Winkler-Plan für ein starkes Oberösterreich

Schützen, was uns wichtig ist:

MIT SICHERHEIT. FÜR ALLE.

Sicherheit ist mehr.

Wir stärken nicht nur Polizei, Feuerwehr, Rettung und Bundesheer, sondern auch das soziale Netz. So bleiben die Menschen in Oberösterreich geschützt – im Alltag und im Ernstfall.

DA IST FÜR ALLE MEHR DRIN:

- Mehr Sicherheit im Alltag
- Gut ausgestattete Einsatzkräfte
- Klare Regeln für Zuwanderung
- Besseres Miteinander
- Schutz unserer Lebensgrundlagen

Schutz und Sicherheit für alle:

Angstfrei leben in ganz Oberösterreich

Das Unsicherheitsgefühl in Oberösterreich nimmt zu. Dieser bedenklichen Entwicklung gilt es auf allen Ebenen gegenzusteuern.

Sicherheit ist ein menschliches Grundbedürfnis. Alle Menschen in Oberösterreich verdienen ein angstfreies Leben – unabhängig von ihrem Wohnort, ihrem Alter oder ihrer Lebenssituation. Doch das Sicherheitsgefühl hat in den letzten Jahren auch in Oberösterreich deutlich abgenommen. Eine bedenkliche Entwicklung, die nicht einfach hingenommen werden darf.

Die SPÖ Oberösterreich macht hier keine Kompromisse: Es darf nicht sein, dass Menschen mitten in Oberösterreich Angst vor Gewalt und Kriminalität haben. Schließlich ist das Gewaltmonopol des Staates die Grundlage unseres friedlichen Zusammenlebens – es schützt unsere Rechte, unsere Freiheit, den sozialen Frieden und unsere Demokratie. Darum gehören die tragenden Säulen

unserer Sicherheitsarchitektur gestärkt – und nicht schleichend ausgedünnt, wie z. B. bei der Zahl der Polizeiinspektionen. Doch Sicherheit endet für die SPÖ nicht bei den Blaulichtorganisationen. Zu echter Sicherheit gehört auch soziale Sicherheit – das Fundament für ein gutes Zusammenleben.

Keine Sicherheit ohne soziale Sicherheit

Darum gehören ein modernes Bildungswesen, gute Arbeitsplätze und sichere Pensionen ebenso zur funktionierenden „Sicherheitsarchitektur“ Oberösterreichs wie Feuerwehr, Polizei, Rettung oder Bundesheer. Jeder Mensch muss sich darauf verlassen können, Hilfe zu bekommen, wenn er oder sie darauf angewiesen ist. Wo die-

ses Gefühl fehlt, fehlt es an Sicherheit. Das zeigt sich besonders dort, wo jemand dauerhaft auf Hilfe angewiesen ist – wie z. B. Menschen mit Beeinträchtigungen und deren Angehörige. Im Umgang mit ihnen wird oft am deutlichsten sichtbar, wie gut – oder schlecht – das gesellschaftliche Sicherheitsnetz gespannt ist. Darum gehört hier aus Prinzip genau hingeschaut.

Wo das geschieht, ist auch das Sicherheitsgefühl in der Bevölkerung hoch. Das grundlegende Ziel muss sein, allen Menschen in Oberösterreich ein selbstbestimmtes Leben in Würde und Sicherheit zu garantieren – mit entsprechenden Angeboten und der nötigen Rückendeckung. Dafür steht die SPÖ Oberösterreich.

Sabine Engleitner-Neu,
Sicherheitssprecherin und Landtagsklubvorsitzende

Sicherheit breiter denken

Wer wirklich für Sicherheit sorgen möchte, handelt nicht erst dann, wenn etwas passiert ist – sondern sorgt möglichst früh dafür, dass es erst gar nicht so weit kommt. Wer Prävention ernst nimmt, denkt Sicherheit daher breiter: von guter Bildung bis zu einem funktionierenden sozialen Netz. Dort, wo Kinder ihre Talente entfalten können, Arbeit fair bezahlt und Armut wirksam bekämpft wird, gibt es weniger Nährboden für Unsicherheit und für Kriminalität.

Prävention heißt daher auch: Helfen, bevor aus kleinen Problemen große Probleme werden. Jede oder jeder von uns ist in bestimmten Situationen darauf angewiesen. Und wer im Fall der Fälle rasch Unterstützung findet, fühlt sich sicherer und bleibt handlungsfähig. Das stärkt nicht zuletzt das Vertrauen in den Staat und seine Institutionen. Sichtbare, gut ausgerüstete Einsatzkräfte sind ein wesentlicher Teil davon. Polizei, Justizwache, Rettung und Bundesheer geben Sicherheit, wenn es darauf ankommt. Doch sie können nur so stark sein, wie das Netz, das uns alle zusammen trägt. Darum müssen wir das eine tun, ohne das andere zu lassen: Blaulichtorganisationen stärken, das Bundesheer einsatzbereit halten – und gleichzeitig in die soziale Sicherheit investieren.

Dafür steht die SPÖ Oberösterreich. Wir garantieren: Sicherheit ohne Kompromisse. Mit tatkräftigen Blaulichtorganisationen und einem einsatzbereiten Bundesheer – und einem sozialen Netz, das niemanden im Stich lässt.

In aller Kürze:

Sicherheit ist mehr.

Ob Feuerwehr, Polizei, Rettung oder Bundesheer: Die SPÖ Oberösterreich steht für eine funktionierende Sicherheitsarchitektur. Mit ausreichend Personal, guter Ausbildung und einer modernen Ausstattung – und einem sozialen Sicherheitsnetz, das da ist, wenn Hilfe benötigt wird.

Mario Haas,
Landtagsabgeordneter und
Feuerwehr-Sprecher

Viel mehr als nur Brandschutz

Oberösterreich kann sich auf seine Freiwilligen Feuerwehren verlassen: Sie sind da, wenn's brennt, Keller volllaufen oder Stürme Bäume umlegen. Aber sie bieten noch weit mehr als Schutz und Sicherheit: Sie organisieren Feste und Übungen, besuchen Schulen, helfen, wenn eine Familie in Not ist – und schaffen so Nähe, Vertrauen und Zusammenhalt im Ort.

Die Freiwilligen Feuerwehren sind auch ein Musterbeispiel für gelebtes Ehrenamt: Menschen, die für andere aufstehen, auch mitten in der Nacht. Und sie geben diesen Team- und Einsatzgeist an die nächste Generation weiter: Unsere Feuerwehrjugend hat beides – wie sie heuer eindrucksvoll beim Bundes-Feuerwehrjugend-Leistungsbewerb gezeigt hat, wo Oberösterreichs Nachwuchs auf ganzer Linie abgeräumt hat.

Das stimmt optimistisch für die Zukunft. Denn die Freiwilligen Feuerwehren leisten viel, um den ländlichen Raum in Oberösterreich zusammenzuhalten. Und das kann nicht hoch genug bewertet werden.

Auf alle Fälle vorbereitet: Verlässliche Hilfe, wenn's drauf ankommt

Polizei. Unsere Polizei sorgt für Sicherheit – in der Stadt wie am Land. Doch damit sie diese wichtige Aufgabe erfüllen kann, braucht sie ausreichend Personal mit einer guten Ausbildung und moderner Ausstattung. Die derzeitige Entwicklung geht da leider in die falsche Richtung: Viele Dienstposten bleiben unbesetzt, Polizeiinspektionen werden geschlossen. Die SPÖ-Linie ist hier glasklar: Das darf nicht sein. Planstellen gehören besetzt und die Zahl der Polizeiinspektionen erhöht statt verringert. Die Grundausbildungskurse dürfen nicht reduziert werden. Vielmehr muss alles getan werden, um Engpässe beim Personal zu bekämpfen, wie z. B. mit einem ordentlichen Karenzpool. So bleibt unsere Polizei sichtbar, erreichbar und handlungsfähig.

Bundesheer. Das Bundesheer ist ein unverzichtbarer Teil unserer Sicherheitsarchitektur. Sei es im Katastrophenschutz, bei Großereignissen oder im Krisen- und Ernstfall: Ein gut funktionierendes Bundesheer rettet und schützt unser aller Leben. Darum ist es gut, wenn in die Einsatzbereitschaft und Handlungsfähigkeit der oberösterreichischen Bundesheer-Standorte investiert wird. Die SPÖ Oberösterreich steht für den Ausbau dieser Standorte, damit die umfassende Landesverteidigung auch vor dem Hintergrund neuer Bedrohungslagen sichergestellt ist.

Feuerwehr- und Rettungswesen. Im Alltag wie in Notfällen sind unsere Feuerwehren und Rettungsorganisationen ein unverzichtbares Rückgrat unserer Gesellschaft. Tausende Freiwillige stehen in Oberösterreich bereit, um im Fall der Fälle zu helfen. Dieser Einsatz verdient höchste Anerkennung – und gehört mit modernster Ausrüstung und ausreichenden Ressourcen unterstützt. Dafür steht die SPÖ Oberösterreich. Denn unsere Blaulichtorganisationen verdienen die bestmöglichen Rahmenbedingungen für ihre unverzichtbare Arbeit.

Soziale Sicherheit ist das verlässlichste Fundament unserer Demokratie.“

Johann Böhm, Mitbegründer des Österreichischen Gewerkschaftsbunds (ÖGB)

Zuwanderung:

Klare Regeln, besseres Miteinander

Damit die Sicherheit und der Zusammenhalt in Oberösterreich gewahrt bleiben, brauchen wir einen ehrlicheren Umgang mit dem Thema Zuwanderung.

Die großen Fluchtbewegungen der letzten Jahre aus Syrien und der Ukraine, haben uns als Staat und als Gesellschaft stark gefordert – und manchmal auch überfordert. Daraus gilt es die richtigen Lehren zu ziehen. Eine davon lautet: Zustände wie 2015 dürfen sich nicht wiederholen.

Keine unkontrollierte Zuwanderung

Der Staat muss in jeder Situation die Kontrolle behalten und handlungsfähig sein. Eine unkontrollierte Zuwanderung darf es nicht geben. Auch mit Blick auf unseren Sozialstaat und unsere Demokratie müssen wir darauf achten, die Kapazitätsgrenzen unserer Systeme nicht zu überschreiten.

Doch gleichzeitig müssen wir auch einer anderen Wahrheit ins Gesicht blicken: In vielen Branchen fehlt es schon lange und auch in Zukunft an Fach- und Arbeitskräften. Wir brauchen Zuwanderung, wenn wir unseren starken Sozialstaat und unser derzeitiges Wohlstandsniveau erhalten wollen.

Keine Rechte ohne Pflichten – und umgekehrt

Für die SPÖ Oberösterreich gilt dabei ganz klar: Diese Zuwanderung muss kontrolliert erfolgen, braucht Ordnung und klare Regeln. Wer zu uns kommt und hier bleiben möchte, hat sich an diese Regeln zu halten – keine Rechte ohne Pflichten. Das gilt aber auch umgekehrt: Die eingeforderte Integration muss vom Land Oberösterreich auch aktiv unterstützt werden.

Menschen, die hier leben, arbeiten, Steuern zahlen, Deutsch sprechen und gut eingebunden sind, verdie-

nen Respekt und eine ordentliche Perspektive. Die derzeitigen finanziellen und bürokratischen Hürden auf dem Weg zur Staatsbürgerschaft sind angesichts dessen ungerecht und kontraproduktiv.

Gleichzeitig dürfen wir bei Kriminalität und Extremismus keine falsch verstandene Toleranz an den Tag

legen. Hier gilt es den Rechtsstaat konsequent zu schützen. Mehr Sicherheit und mehr Menschlichkeit in Sachen Zuwanderung sind keine Widersprüche, im Gegenteil. So wie man einen Ball leichter mit zwei Händen fängt, braucht es beides, um für einen gutes Miteinander in Oberösterreich zu sorgen.

Klare Regeln:

Fünf Prinzipien im Interesse aller

Rasche Verfahren. Asylverfahren und Entscheidungen über Aufenthaltsbewilligung dürfen sich nicht jahrelang ziehen, sondern müssen im Interesse aller Seiten so zügig wie möglich abgeschlossen werden. Dafür braucht es u. a. mehr qualifiziertes Personal im Land.

Deutsch als Pflicht. Deutsch zu sprechen ist eine unverzichtbare Voraussetzung, um am Leben in Oberösterreich teilhaben zu können. Wenn jemand nicht dazu bereit ist, muss das Konsequenzen haben – bis hin zum Verlust der Aufenthaltsbewilligung.

Integration ab dem ersten Tag. Damit zugewanderte Personen rasch Deutsch lernen, muss das Land Oberösterreich dafür sorgen, dass es genug Deutschkurse gibt – gerade auch im ländlichen Raum. Eine wichtige Rolle spielt hier auch das AMS.

Null Toleranz für Kriminalität und Extremismus. Keine halben Sachen im Kampf gegen Gewalt & Co.: Bei Straftaten muss der rechtliche Rahmen für Aufenthaltsverbote, Abschiebungen und Rückführungen in die Herkunftsländer voll ausgeschöpft werden.

Gemeinsame Wertebasis. Unterdrückung und gewaltverherrlichende Ansichten wie Frauenfeindlichkeit, Antisemitismus, Rassismus oder Extremismus – dürfen in Oberösterreich keinen Platz haben. Insbesondere Schulen und Gemeinden müssen dabei unterstützt werden, dieses Prinzip durchzusetzen.

Erich Wahl,
Integrations Sprecher und Landtagsabgeordneter

Hand auf's Herz

Reden wir Klartext: Die SPÖ hat in der Vergangenheit manchmal den Eindruck erweckt, inakzeptable Verhaltensmuster in manchen Gruppen kleinzureden. Das war nicht hilfreich. Denn es gibt Probleme, über die man klar sprechen muss.

Das sind wir allen Menschen in Oberösterreich schuldig – nicht zuletzt unseren zugewanderten Mitbürgerinnen und Mitbürgern. Die friedfertige und fleißige Mehrheit der Zugewanderten hat es nicht verdient, wegen einer kleinen, aber problematischen Minderheit schief angeschaut zu werden.

Die SPÖ Oberösterreich steht für klare Regeln in Sachen Zuwanderung: Wer zu uns kommt, muss seinen Beitrag leisten, Deutsch lernen und eine Arbeit aufnehmen. Das ist wichtig für ein gutes Zusammenleben. Doch damit Integration funktioniert, darf sie nicht in einer Sackgasse enden.

Viele Zugewanderte leisten einen wichtigen Beitrag, um den Laden Oberösterreich am Laufen zu halten – oft in systemrelevanten und dennoch schlecht bezahlten Jobs. Diesen Menschen durch hohe finanzielle Hürden die Staatsbürgerschaft zu verwehren, ist ungerecht und sendet ein falsches Signal.

Integrationsleistungen verdienen Anerkennung. Hier hat Oberösterreich ganz klar Aufholbedarf. Um nur ein kleines Beispiel mit hoher Symbolkraft zu nennen: Die Verleihung der Staatsbürgerschaft sollte ein feierlicher Akt sein, der im oberösterreichischen Landhaus stattfindet – so wie andere Bundesländer das längst machen.

Wer seit Jahren hier lebt, bestens integriert ist und seinen Beitrag leistet, gehört zu uns. Klare Regeln, aber auch klare Perspektiven: Darauf sollten wir uns letztlich alle einigen können.

In aller Kürze:

Zuwanderung braucht Ordnung, klare Regeln und Unterstützung. Wir integrieren schneller, weil viele Branchen Personal brauchen. Wer hier arbeitet und integriert ist, soll leichter und leistbar Staatsbürgerin oder Staatsbürger werden. Gegen Kriminalität und Extremismus handeln wir konsequent – für ein sicheres Miteinander. Für ein starkes Oberösterreich brauchen wir gut integrierte Migrantinnen und Migranten.

Umweltschutz ist Menschenschutz:

Natur bewahren heißt Zukunft sichern.

Eine lebenswerte Zukunft braucht eine intakte Umwelt. Das darf keine Nebensache sein, sondern ist angesichts des Klimawandels ein zentraler Auftrag an die Politik von heute.

Genau genommen ist „Klimaschutz“ ein etwas irreführender Begriff, denn das Klima braucht unseren Schutz nicht. Wir Menschen sind es, die (zusammen mit vielen anderen Lebewesen) auf diesen Schutz angewiesen sind – vor extremer Hitze, vor Überschwemmungen, vor Waldbränden und vielen anderen Folgen des Klimawandels.

Für mehr Lebensqualität sorgen

Das ist ein klarer Auftrag an die Politik. Die Bewältigung dieses globalen Problems braucht auf allen Ebenen alltagstaugliche, gemeinschaftliche Lösungen. Die nicht bloß für alle „leistbar“, sondern auch zur Verbesserung der Lebensqualität beitragen müssen, um breit akzeptiert zu werden. Von besseren Öffi-Verbindungen haben schließlich alle etwas – von Auto-Bashing hingegen niemand.

Eine auf Nachhaltigkeit ausgerichtete Wirtschaft ist dabei ein wichtiger Hebel. Linz zeigt als sauberste Industriestadt Österreichs vor, dass eine starke Industrie und Klimaschutz kein Widerspruch sind. Ganz im Gegenteil: Mit jeder Innovation

in diese Richtung entstehen neue, sichere Jobs. Auch im nachhaltigen Tourismus schlummern noch ungenutzte Potenziale.

Solche Entwicklungen muss Oberösterreich fördern. Es braucht hier z. B. mehr innovative Pilotprojekte, um neue Lösungen aus Forschung und Entwicklung rascher in die Praxis zu bringen. Und selbstverständlich sollte das Land in Sachen Nachhaltigkeit bei sich selbst beginnen und mit gutem Beispiel vorangehen.

Neue Energie braucht das Land

Besonders wichtig: Für den Ausstieg aus Gas und Öl braucht Oberösterreich mehr erneuerbare Energie (siehe dazu auch Seite 8/9). Hier muss das Land Oberösterreich deutlich an Tempo zulegen, statt weiter auf der Bremse zu stehen. Gleichzeitig müssen Energiesparprogramme ausgeweitet werden – denn die günstigste Energie ist immer noch die, die wir nicht verbrauchen.

Umwelt- und Klimaschutz sind stets auch mit Vorsorge verbunden. Unsere Gemeinden brauchen Unterstützung bei den dafür erforderli-

chen Anpassungen – um z. B. Hitzeinseln in dicht bebauten Ortsteilen abzubauen oder die Bevölkerung besser vor Extremwetter zu schützen.

Nationalpark Kalkalpen erweitern

Oft ist der beste Schutz aber ganz einfach: nichts zu tun und die Natur in Ruhe machen zu lassen. Unverbaute Naturräume haben für Mensch, Tier und Pflanzenwelt, für die gesamte Vielfalt und Regenerationsfähigkeit des Lebens einen unbezahlbaren Wert. Solche Räume für künftige Generationen zu bewahren, sollte uns allen ein Anliegen sein.

Darum tritt die SPÖ Oberösterreich dafür ein, den Nationalpark Kalkalpen um die Haller Mauern und das Tote Gebirge zu erweitern. Damit auch noch unsere Kinder und Enkelkinder an diesem wunderschönen Stück Heimat ihre Freude haben. Das alles ist Menschenschutz – und er beginnt mit klugen Entscheidungen im Land.

Der Winkler-Plan für ein starkes Oberösterreich

In aller Kürze:

Umwelt- und Klimaschutz ist Menschenschutz. Er schafft und sichert die Lebensqualität von uns allen. Das ist ein klarer Auftrag – für eine nachhaltige Wirtschafts- und Energiepolitik ebenso wie für den Erhalt unberührter Naturräume.

Frischer Wind:

AUFBRUCH IN DIE ZUKUNFT.

Oberösterreich kann mehr.
Wenn wir Bildung, Wissenschaft und Kultur stärken – und Gleichstellung im Alltag leben.
Dafür steht das neue Team der SPÖ Oberösterreich.

DA IST FÜR ALLE MEHR DRIN:

- Bessere Chancen für unsere Kinder
- Fortschritt, der uns allen nutzt
- Kunst und Kultur – für alle und in jedem Ort
- Echte Gleichstellung im Alltag
- 100 neue Köpfe für Oberösterreich

Was uns voranbringt:

Keine Zukunft ohne Bildung und Wissenschaft

Unsere Welt wird immer komplexer. Darum werden Wissenschaft und Bildung immer wichtiger, um gut durchs Leben zu kommen.

Wir sollten nie aufhören, neues Wissen und neue Fähigkeiten zu erwerben. Das ist nicht nur gut für unsere persönliche Entwicklung und unsere beruflichen Chancen – es sichert auch die wirtschaftliche Stärke und den sozialen Zusammenhalt im Land.

Aus diesem Grund muss Oberösterreich seine Verantwortung in Sachen Bildung und Wissenschaft in Zukunft entschiedener wahrnehmen – und für ein dichtes Netz an passenden Bildungsangeboten für jedes Alter und jede Lebenssituation sorgen. Die SPÖ Oberösterreich hat dazu klare Vorstellungen.

Gute Bildung beginnt früh.

Darum braucht es vollzeittaugliche, kostenlose Krabbelstuben und Kindergärten mit Öffnungszeiten, die auch Randzeiten abdecken. Und moderne Schulen, die sowohl von der Ausstattung als auch vom Personal her gut aufgestellt sind – mit

engagierten Lehrkräften, die durch schulische Sozialarbeit und psychologische Angebote unterstützt werden. Damit alle unsere Kinder gut ins Leben starten.

Die Lehre ist eine wichtige Säule unseres Bildungswesens.

Damit sie das auch in Zukunft bleibt, braucht es eine umfassende Sanierungsoffensive für unsere Berufsschulen und -internate. Viele davon sind schon ziemlich in die Jahre gekommen. Aber nicht nur die Schulen, auch der schulische Teil der Lehrausbildung muss dringend modernisiert werden.

Lernen darf nicht mit dem Berufseinstieg enden.

Um dem Fachkräftemangel wirksam zu begegnen, möchte die SPÖ mehr Studienplätze an den oberösterreichischen Fachhochschulen – und die dortigen Studienbeiträge abschaffen. Vor allem das Studien-

angebot für berufstätige Studierende muss ausgebaut werden. Und auch in der Erwachsenenbildung braucht es mehr gezielte Angebote für den Um- und Aufstieg im Beruf.

Wissenschaft und Forschung geben die Antworten.

Ob KI oder Klimaschutz – viele Antworten auf die großen, drängenden Fragen unserer Zeit werden auf unseren Unis gefunden und weitergegeben. Damit dieses Wissen rascher wirksam werden kann, ist eine bessere Vernetzung und Zusammenarbeit zwischen den Unis und Fachhochschulen, dem Land Oberösterreich und standortrelevanten Unternehmen erforderlich. Dafür braucht es nicht nur kurze Wege zwischen Hörsaal, Labor und Betrieben, sondern auch klare Zuständigkeiten und verlässliche Rahmenbedingungen. So entstehen wichtige Innovationen – und gute Jobs gleich mit.

In keinem anderen Bundesland gibt es so wenig vollzeittaugliche Kinderbetreuungsplätze wie in Oberösterreich.“

In aller Kürze:

Bildung sichert Chancen, Wohlstand und Zusammenhalt. Darum braucht Oberösterreich ein dichtes Netz an Bildungsangeboten – vom Platz in der Krabbelstube bis zur Erwachsenenbildung. Die SPÖ Oberösterreich tritt dafür ein.

Doris Margreiter,
Bildungssprecherin und Landtagsabgeordnete

Damit unsere Kinder besser ins Leben starten

Bildung ist ein Sprungbrett. Sie sorgt dafür, dass Kinder besser ins Leben starten, ihre Eltern eine gute Arbeit haben und Betriebe genug Fachkräfte finden. Was hier in frühen Jahren versäumt wird, lässt sich später nur mühsam nachholen – und manchmal auch gar nicht mehr. Umso wichtiger ist die Elementarpädagogik: Eine gezielte Förderung in diesem Bereich sorgt dafür, dass unsere Kleinen bestmöglich auf den Schuleinstieg vorbereitet werden. Das kann den weiteren Bildungsweg entscheidend beeinflussen.

Doch genau hier hat Oberösterreich leider Nachholbedarf: Während österreichweit über 30 % der einjährigen Kinder eine elementarpädagogische Einrichtung besuchen, waren es in Oberösterreich zuletzt lediglich 18 %. Davon haben nur 28 % einen „vollzeittauglichen“ Kindergartenplatz – während es österreichweit 68 % sind. Diese Schieflage zieht sich durch: In keinem anderen Bundesland gibt es so wenige vollzeittaugliche Bildungsplätze wie in Oberösterreich. Das macht Eltern und insbesondere Alleinerziehenden das Leben schwer – und benachteiligt oberösterreichische Kinder.

Das muss nicht so sein. Der Blick in andere Bundesländer mit ähnlichen Rahmenbedingungen wie bei uns zeigt, was möglich ist, wenn der politische Wille da ist. Was es braucht, ist klar: Mehr Plätze mit besseren Öffnungszeiten und genug qualifiziertes Personal dafür – auch in ländlichen Regionen. So wird jedes Kind gut gefördert und das Versprechen von echter Wahlfreiheit eingelöst. Oberösterreich wäre daher gut beraten, mehr in die Elementarpädagogik zu investieren. Das nützt den Kindern, ihren Eltern – und am Ende dem ganzen Land.

Für alle und überall:

Kein Leben ohne Kunst und Kultur

Frei nach Loriot: Ein Leben ohne Kunst und Kultur ist möglich, aber sinnlos. Denn Kunst und Kultur schenken uns ganz besondere Momente – die berühren, aufrütteln oder auch einfach nur glücklich machen können.

Kunst und Kultur sind für ein lebendiges und lebenswertes Oberösterreich unverzichtbar. Und die Vielfalt des heimischen Angebots kann sich echt sehen lassen: von international renommierten Einrichtungen wie dem Ars Electronica Center in Linz über große Festivals wie dem beliebten „Woodstock der Blasmusik“ bis hin zum kleinen Graffiti-Workshop an einer Volkshochschule – da ist für jeden Geschmack und jedes Interesse etwas dabei.

Diese Vielfalt möchte die SPÖ Oberösterreich weiter fördern – und den

Menschen im ganzen Land leichter zugänglich machen. Dabei liegt ihr auch der ländliche Raum am Herzen: Nach den Plänen der SPÖ sollen die großen Kultureinrichtungen des Landes – wie Landestheater und Landesmuseen – in Zukunft mehr Angebote in den Regionen setzen.

Gleichzeitig will die SPÖ dafür sorgen, dass die freien Kunst- und Kulturinitiativen im Land finanziell auf solidere Beine gestellt werden. Die zahlreichen Kulturschaffenden im ganzen Land sollen für ihre Leistung schließlich ein faires Entgelt

bekommen und nicht in prekären Arbeitsverhältnissen feststecken.

Auch die Nachwuchsförderung ist der SPÖ ein Anliegen. So sollen z. B. in Erweiterung des Musikschulangebots ähnliche Schwerpunkte für andere Kunstrichtungen (wie z. B. Bildnerischer Kunst oder Literatur) geschaffen werden. Kurz gesagt: Die SPÖ will sicherstellen, dass Kunst und Kultur in Oberösterreich aufblühen – und für alle zugänglich sind.

Gleichstellung:

Starke Frauen und Männer braucht das Land

Weil Gleichstellung uns stark macht, machen wir uns für Gleichstellung stark. Denn die ist nicht nur die Basis für ein selbstbestimmtes Leben und sorgt für ein respektvolles Miteinander – Gleichstellung ist auch mit zahlreichen Vorteilen für uns alle verbunden.

Stark durch Gleichstellung.

Gleichberechtigung bringt allen etwas mehr Wahlfreiheit, eine nachweislich bessere Gesundheit und nicht zuletzt mehr finanzielle Sicherheit. Wenn sich Frauen und Männer bezahlte und unbezahlte Arbeit fair teilen, profitieren alle. Darum steht die SPÖ Oberösterreich für echtes Halbe-Halbe – in Beruf, Haushalt und Care-Arbeit.

Stark durch Kinderbetreuung.

Eine gute Betreuung für unsere Kinder bedeutet bessere Chancen für uns alle. Gebührenfreie Nachmittagsbetreuung und ein Rechtsanspruch auf einen wohnortnahen Betreuungsplatz ab dem ersten Lebensjahr ermöglichen Eltern – besonders Frauen – die Rückkehr in

den Beruf und sorgen gleichzeitig für die beste Förderung unserer Kleinsten.

Stark gegen Gewalt.

Gewalt gegen Frauen ist kein „Randthema“, sondern leider viel zu oft tägliche Realität – auch in Oberösterreich. Hier darf es kein Wegschauen geben: Der Ausbau von Frauenberatungsstellen und ein enger Schulterschluss zwischen Behörden und Gewaltschutzorganisationen retten Leben.

Stark im digitalen Raum.

Hass im Netz, Cybermobbing & Co. müssen entschieden bekämpft werden. Für mehr Sicherheit im digitalen Alltag setzt die SPÖ Oberösterreich insbesondere bei Jugendli-

chen auf altersgerechte Aufklärung und die Förderung von Medienkompetenz.

Stark durch männliche Vorbilder.

Echte Gleichstellung braucht starke Männer, die Haltung zeigen. Kampagnen wie „Ganze Männer machen Halbe-Halbe“ fördern Respekt, Vielfalt und eine gewaltfreie, familien- und beziehungsfreundliche Männlichkeit.

Stark durch Ehrenamt.

Ehrenamtliches Engagement verbindet Menschen in ganz Oberösterreich, stärkt den sozialen Zusammenhalt im Land und macht unsere Gemeinden lebenswerter. Darum gehört die Sichtbarkeit von Frauen im Ehrenamt gefördert – und Vereine bei der Mitgliederbindung unterstützt.

Stark durch Selbstbestimmung.

Alle Menschen sollen ihr Leben frei gestalten können. Dafür braucht es echte Einkommensgleichheit, Respekt für alle Lebensentwürfe und nicht zuletzt auch einen Zugang zu sicheren Schwangerschaftsabbrüchen.

Stark durch Gesundheitsversorgung.

Die SPÖ tritt dafür ein, dass alle Patientinnen und Patienten bestmöglich behandelt werden. Dazu braucht es u. a. mehr Gendermedizin – die geschlechtsspezifische Erforschung und personalisierte Behandlung von Krankheiten – und mehr Anlaufstellen für psychische Gesundheit.

Renate Heitz,
Frauensprecherin und
Landtagsabgeordnete

Gleichstellung ist für alle gut

In Sachen Gleichstellung ist Oberösterreich noch ein ordentliches Stück vom Ziel entfernt: Frauen verdienen im Schnitt immer noch ein Eck weniger als Männer. Sie leisten nach wie vor mehr an (unbezahlter) Hausarbeit. Und auch bei der Kinderbetreuung kann von Halbe-Halbe noch keine Rede sein – die Hauptlast der so genannten „Care-Arbeit“ tragen Frauen.

Die hiesige Politik tut zu wenig, um diese Schieflagen auszugleichen. Im Gegenteil: In keinem anderen Bundesland gibt es so wenig vollzeitaugliche Kinderbetreuungsplätze wie in Oberösterreich (siehe Kommentar auf Seite 35). Das zwingt viele Mütter in Teilzeitjobs, zementiert Einkommensunterschiede ein – und ist auch für Väter belastend.

Denn die oberösterreichischen Männer haben – zumindest mehrheitlich – eine beziehungs- und familienfreundliche Einstellung: Umfragen zeigen, dass viele Väter gerne mehr für ihre Kinder da sein möchten, sich eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie wünschen und auch im Haushalt ihren Beitrag leisten. Doch wirtschaftliche und strukturelle Gründe erschweren eine bessere Arbeitsteilung.

Hier muss also der Hebel angesetzt werden. Da ist nicht nur die Politik gefordert, sondern auch unsere heimischen Betriebe. Dass sich Oberösterreich die bundesweit höchste Teilzeitquote bei Frauen leistet, ist angesichts des zunehmenden Fach- und Arbeitskräftemangels ein Schuss ins eigene Knie. Werden Care- und Erwerbsarbeit gerechter verteilt, profitieren alle davon.

Was es sonst noch braucht:

Das bringt's für Land & Leute:

- 01 Besseres Leben:**
Von Halbe-Halbe bei bezahlter und unbezahlter Arbeit profitieren Familien, Unternehmen und das ganze Land.
- 02 Mehr Sicherheit:**
Entschlossen für Gleichstellung und gegen Gewalt an Frauen einzutreten macht den Alltag von uns allen sicherer.
- 03 Stärkere Vereine:**
Gleichberechtigung beim Ehrenamt sichert die Zukunft unserer Feuerwehren, Rettungsorganisationen, Sozial- und Sportvereine.

Gut aufgestellt:

Mit voller Kraft für Oberösterreich

Viel Erfahrung und frischer Wind: Das Team der SPÖ Oberösterreich steht für beides.

Mit Martin Winkler steht seit Kurzem ein erfolgreicher Unternehmer an der Spitze der SPÖ Oberösterreich. Nach über 30 Jahren im Maschinenraum der Wirtschaft – wo er u. a. für zahlreiche Leitbetriebe im Land tätig war – will der gebürtige Katsdorfer nun dafür sorgen, dass Oberösterreich das Industriebundesland Nummer 1 bleibt.

Dabei steht ihm u. a. das erfahrene Team der SPÖ-Landtagsabgeordneten zur Seite: elf Frauen und Männer, die aus allen Teilen Oberösterreichs kommen und ein breites Spektrum an politischer Expertise mitbringen (siehe unten). Zusammen mit vielen weiteren (haupt- wie ehrenamtlichen) Mitstreiterinnen und -streitern sind sie täglich für die Anliegen der Menschen in Oberösterreich im Einsatz.

Die Kombination aus Wirtschaftskompetenz, politischer Erfahrung und einer starken Verankerung im Land ist eine der Stärken der SPÖ Oberösterreich – doch ein Martin Winkler gibt sich damit noch nicht zufrieden. Als Unternehmer weiß er aus eigener Erfahrung, wie wichtig eine gute Personalpolitik und Nachwuchsförderung für den langfristigen Erfolg ist. Darum hat er der SPÖ Oberösterreich eine Frischzellenkur verschrieben – mit 100 neuen Kandidatinnen und Kandidaten, die im kommenden Jahr aufgebaut werden (siehe nächste Seite).

„Mit der Initiative **100 neue Köpfe für die Zukunft** öffnen wir unsere Türen: für frische Ideen, starke Stimmen und echte Mitgestaltung. Je mehr sich einmischen, desto besser – damit gewinnt am Ende ganz Oberösterreich.“

Nicole Trudenberger,
Landesgeschäftsführerin der
SPÖ Oberösterreich

V.l.n.r.:
Erich Wahl, Renate Heitz,
Thomas Antlinger,
Gabriele Knauseder,
Tobias Höglinger, Martin Winkler,
Nicole Trudenberger, Peter Binder,
Alois Stöger, Sabine Engleitner-Neu,
Mario Haas, Doris Margreiter,
Dominik Reisinger, Heidi Strauss,
Hans Karl Schaller

Frischer Wind:

100 Köpfe für die Politik von morgen

Die SPÖ bringt frischen Wind in die oberösterreichische Politik – mit 100 neuen Kandidatinnen und Kandidaten.

Die SPÖ hat sich für die kommenden Landtags- und Gemeinderatswahlen eine Frischzellenkur verschrieben: Mit einem Führungskräfteprogramm für neue Kandidatinnen und Kandidaten wird sie 100 Frauen und Männer im Alter zwischen 18 und 45 Jahren auf die politische Mitgestaltung im Land Oberösterreich vorbereiten. Die besten Talente werden dann als neue Abgeordnete in den Landtag einziehen.

Dazu hat sich die SPÖ Oberösterreich verpflichtet: Alle Mandate, die sie 2027 dazugewinnt, werden aus diesem Pool junger Köpfe besetzt. Wer Teil dieses Teams werden möchte, kann sich ab sofort dafür bewerben. Das Auswahlverfahren beginnt im Oktober und soll bis Anfang 2026 abgeschlossen sein, damit die neuen Kandidatinnen und Kandidaten ein Jahr lang intensiv für diese Aufgabe qualifiziert werden können.

Zur Erweiterung unseres motivierten Teams suchen wir

100 neue Köpfe für die Zukunft (m/w/d)

Wir bieten dir:

- Einjähriges Qualifizierungsprogramm (2026)
- Zugang zu einem erfahrenen und kompetenten Team
- Perspektive auf politische Verantwortung
- Sinnvolle Arbeit für die Menschen in Oberösterreich
- Ruhm und Ehre optional, Ärmelhochkrepeln fix

Unsere Anforderungen:

- Alter: 18 bis 45 Jahre
- Starke Motivation, Verantwortung zu übernehmen
- Klare Wertebasis
- Hohe Lern- und Einsatzbereitschaft – auch abends und am Wochenende
- Teamfähigkeit und Respekt

Deine Aufgaben:

- Für die Anliegen der Menschen im Land kämpfen
- Gut zuhören, Zusammenhänge verstehen und mitreden
- Die besten Ideen für Oberösterreich entwickeln
- Verantwortung übernehmen
- Abertausende Hände schütteln

Deine Bewerbung sende bitte per E-Mail an:
traudi@spoe.at

In aller Kürze:

SPÖ Oberösterreich ist für die Wahlen 2027 gut aufgestellt.

Mit einem Spitzenkandidaten aus der Wirtschaft und einem erfahrenen Team im Landtag. Sowie mit 100 jungen Köpfen, die 2026 ein Jahr lang intensiv darauf vorbereitet werden, frischen Schwung in die oberösterreichische Politik zu bringen.

Der Winkler-Plan für ein starkes Oberösterreich:

Da ist mehr für alle drin!

Moderne Ausrüstung für Feuerwehr und Rettung

Gutes Alter

Einsamkeit bekämpfen

Kassenstellen besetzen

Halbe-Halbe

10 Mrd. Euro für neue Kraftwerke, Speicher und Stromnetze

Mehr Chancen

Mehr Gerechtigkeit

Faire Bezahlung

Mehr Tagesbetreuung

Moderne Erstversorgungsambulanzen

Kostenlose Krabbelstuben

Raschere Asylverfahren

FH-Plätze ausbauen

Gemeinsame Wertebasis

Mehr Medienkompetenz

Mehr Polizeiinspektionen

Baulandpreise deckeln

Wochenendzuschläge

2.000 geförderte Wohnungen pro Jahr

Gendermedizin

Polizei-Planstellen besetzen

Starker Standort

Günstiger Strom

Ausbau Summerauerbahn

Mehr Tempo

Gastro- und Tourismus-Offensive

Mehr Selbstbestimmung

Lehre modernisieren

Bankomaten in jeder Gemeinde

Gestaffelter Mietpreisdeckel

Mehr Gemeindekooperationen

Starke Vorbilder

Sanieren statt versiegeln

Erwachsenenbildung

Psychische Gesundheit

Mehr Sicherheit

Breitband für alle

Besseres Miteinander

Bessere Gesundheitsversorgung

Erhalt der Nebenbahnen

Ausgleichszulage anheben

Mehr Anerkennung für Lehrlinge

Gesundheits- und Pflegezentren in jedem Bezirk

Mehr Geld für den Wohnbau

Klare Regeln bei Zuwanderung

Moderne Schulen

Kultur für alle

Kostenlose Kinderbetreuung

Studienbeiträge abschaffen

Echte Gleichstellung

Pumpspeicherkraftwerke

Beschäftigungsgarantie für Langzeitarbeitslose

1.000 Euro Lehrabschlussprämie

Wasserkraft ausbauen

Altersarbeitslosigkeit stoppen

Gesunde Gemeinden

Berufsschulen sanieren

Neue Jobs

Ehrenamt stärken

Schulsozialarbeit

Gewaltprävention

Donaubrücke Mauthausen

Bundesheer stärken

Deutsch als Pflicht

Bessere Arbeitsbedingungen

Raus aus Öl und Gas

Sichere Pension

Kürzere OP-Wartezeiten

Planbare Mietpreise

Mehr Wind- und Sonnenkraft

Stadtbahn Gallneukirchen

Lebendige Ortskerne

Bessere Infrastruktur

Weniger Leerstände

Mehr Vollzeit-Kindergärten

Null Toleranz bei Gewalt

Leistungsfähige Pflege

Menschenrechte

Mehr Energie für Oberösterreich

Beste Bildung

Soziale Sicherheit

Bodenspekulation stoppen

Du zählst!

Eine andere, bessere Zukunft für Oberösterreich ist möglich.

Eine Zukunft, in der Oberösterreich wieder brummt. Es wieder Chancen und Perspektiven für alle gibt. Und eine Politik für die breite Mehrheit der hart arbeitenden Menschen in unserem Land.

Doch diese Zukunft kommt nicht von alleine. Sie muss durchgesetzt werden. Dafür brauchen wir dich und deine Unterstützung. Misch dich ein – und zwar richtig: Geh mit uns von Tür zu Tür. Hol Freundinnen und Freunde ins Team. Organisiere Veranstaltungen in deinem Ort. Arbeite in unseren Themeninitiativen mit. Teile deine Ideen, spende Zeit, dein Können oder ein paar Euro. Und hilf dadurch mit, dass die SPÖ Oberösterreich so gestärkt aus den Wahlen 2027 hervorgeht, dass wir die in diesem Heft vorgestellten Pläne verwirklichen können.

Nichts gegen Likes im Netz, aber die Zukunft gewinnt man im echten Leben: Gespräch für Gespräch. Betrieb für Betrieb. Verein für Verein. Klicks zählen nicht. Mitmachen zählt. Da sein zählt. Verantwortung übernehmen zählt. Oder, anders gesagt:
Du zählst und du kannst Oberösterreich wieder stark machen.

Katharina Sperz (Vorsitzende Junge Generation in der SPÖ) und Adisa Nakičević (Vorsitzende VSSTÖ Linz)

Demokratie ist kein Zuschauersport!

Demokratie ist kein Zuschauersport. Damit unsere Interessen eine Stimme haben, müssen wir uns einmischen und raus aufs Spielfeld. Von der Tribüne auf die Politik zu schimpfen – das verändert nichts.

Wer eine bessere Politik will, muss auch etwas dafür tun – und das am besten in einer Gemeinschaft mit Gleichgesinnten. Denn: Allein auf sich gestellt, als Einzelne oder Einzelner, ist es schwer, sich Gehör zu verschaffen. Doch zusammen sind wir stark und können bewegen, was uns bewegt.

Dass die SPÖ Oberösterreich „100 neue Köpfe“ sucht, um frischen Wind in die oberösterreichische Politik zu bringen, ist auch ein Aufruf an die Jugend Oberösterreichs: Unsere Generation muss die Zukunft mitgestalten – schließlich werden wir es sein, die mal in ihr leben.

**Bist du bereit dafür?
Dann schreib uns jetzt an
mitmachen@spoe.at
oder ruf uns an unter
+43-5-772611**

**Denn die Zukunft
Oberösterreichs
beginnt heute.**

Danksagung

An den Plänen, die in diesem Heft vorgestellt werden, haben viele Menschen mitgearbeitet. Im Namen der SPÖ Oberösterreich bedanken sich Martin Winkler, Nicole Trudenberger und der Landtagsklub der SPÖ Oberösterreich sehr herzlich bei allen Beteiligten für ihre Beiträge. Ein großes Dankeschön gebührt dabei vor allem unserem engagierten Redaktionsteam: Bernd Dobesberger, Helmut Gotthartsleitner, Karin Leitner, Anna Portenkirchner, Lukas Russ, Christian Schörkhuber, Sabine Schwandner, Katharina Sperz und Bernhard Wieland.

ZURÜCK IN DIE ZUKUNFT

Der Winkler-Plan für ein starkes Oberösterreich

SPÖ Soziale
Politik für
Österreich.